

Das ist ein Podcast des Goethe-Instituts Warschau und des Verbindungsbüros des Freistaates Sachsen in Breslau. Mein Name ist Marcin Antosiewicz. Heute sprechen wir mit der Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung des Freistaates Sachsen, Katja Meier. Guten Tag, Frau Meier.

Dzień dobry.

Dzień dobry.

Frau Ministerin, Polen und Deutschland feiern in diesem Jahr das 30. Jubiläum der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags. Sie sind in Zwickau, keine 200 km von der polnischen Grenze, geboren. Bevor wir in die Politik gehen, würde ich gerne wissen, was heißen für Sie persönlich diese 30 Jahre der neuen Qualität der deutsch-polnischen Nachbarschaft? Welche Erfahrung haben Sie mit Polen in den letzten 30 Jahren gemacht?

Ich glaube, wir Deutsche sind uns unserer Geschichte sehr bewusst und deswegen denke ich, man kann sich nicht nur auf die letzten 30 Jahre beschränken, sondern wir haben natürlich eine lange, bewegte und auch schmerzhaftige Geschichte miteinander, aber jetzt, seit den letzten 30 Jahren kann man, glaube ich, schon sagen, dass wir eng miteinander verbunden sind, was natürlich einerseits an den Nachbarschaftsverträgen liegt, die Sachsen ja auch geschlossen hat mit Niederschlesien, mit dem Lebus-Land, und damals hatten wir geschlossene Grenzen und die Freundschaft war ja sozusagen staatlich aufoktroziert – jetzt haben wir wirklich eine gewachsene Freundschaft und viel Nähe, sei es mit den wirtschaftlichen Verbindungen, aber eben auch über die Grenze hinweg, was die Zivilgesellschaft angeht, und das ist auch das, was mir besonders am Herzen liegt, weil ich glaube, Nationen können nur zusammenwachsen über die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern.

Ich war damals, als ich studiert habe, mit Freunden zusammen in Krakau und habe nicht nur erlebt, was für eine tolle Stadt das ist, sondern was dort auch für tolle Menschen leben. Jetzt, als Europaministerin, hatte ich letztes Jahr das Vergnügen, unser Verbindungsbüro in Wrocław an einem neuen Standort zu eröffnen und da ist uns wirklich eine sehr, sehr große Herzlichkeit begegnet, auch bei den Treffen, die bisher stattgefunden haben. Natürlich hätte ich mir aufgrund der Corona-Pandemie noch viel mehr Treffen gewünscht, und ich hoffe, dass wir die Pandemie bald so überstanden haben, dass diese Treffen auch wieder stattfinden können.

Dann erlauben Sie mir noch eine persönliche Frage. Wann haben Sie als Kind zuerst erfahren, dass Sie nicht so weit von einem fremden Land, Polen, leben?

Also als Kind war ich mit meinen Eltern in Tschechien, Zwickau ist ja nicht weit weg von der tschechischen Grenze, aber wir waren auch in Polen, aber tatsächlich sind meine Erinnerungen da nicht so gut.

Dann können Sie uns nicht sagen, was Ihre erste Erinnerung an Polen ist, als Kind schon?

Also eher im Rahmen der friedlichen Revolution und der Solidarność; ich war damals 10 bei der Wende. Ich habe das natürlich in den Nachrichten verfolgt, aber ich glaube, ich konnte das als Kind noch nicht so gut einordnen, wenngleich ich damals natürlich schon sehr interessiert war.

Und wie schätzen Sie das deutsch-polnische Verhältnis politisch, wirtschaftlich nach 30 Jahren ein?

Also ich glaube, es gibt erfreulicherweise viel Kooperationen zwischen Deutschland, aber insbesondere natürlich auch Sachsen, und Polen auf den verschiedensten Ebenen. Wirtschaftlich, politisch,

aber natürlich auch, was die Zivilgesellschaft angeht. Und dass wir nach dieser Zeit der wirklich schwierigen Geschichte jetzt ein neues Kapitel aufgeschlagen haben und das sozusagen erleben oder miteinander bereichern können. Und was die bilateralen Beziehungen angeht, so sind die ja einerseits politisch zu sehen, was die regionalen Partnerschaften angeht, aber natürlich, was auch die wirtschaftlichen Verbindungen angeht, und da hilft es ja manchmal ein bisschen, auf die Zahlen zu schauen. Es ist ja schon so, dass Deutschland mit der wichtigste Handelspartner ist von Polen und umgekehrt natürlich genauso. Und ein Sechstel der ausländischen Direktinvestitionen in Polen kommt ja tatsächlich von deutschen Unternehmen. Und auch was das Handelsvolumen angeht, wir haben ja alle befürchtet, dass es mit der Corona-Pandemie dann einen großen Einbruch gibt, aber wenn man auch da auf die Zahlen schaut, können wir ja glücklicherweise feststellen, dass es nur um einen halben Prozentpunkt eingebrochen ist, also die Lieferketten auch in der Coronakrise stabil waren, und ich glaube, dass jetzt, in den nächsten Monaten und im nächsten Jahr hier auch neue Investitionen dies- und jenseits der Grenze getätigt werden, und das versuchen wir natürlich auch aus dem Verbindungsbüro heraus zu unterstützen. Das sehen wir ja auch als unsere Aufgabe.

Dann noch eine kurze Nachfrage zum Verbindungsbüro in Breslau. Der Freistaat Sachsen hat seine Vertretung in Breslau. Warum ist das für Sachsen wichtig?

Wir haben mit der sächsischen Wirtschaftsförderung, die auch ein Büro in der sächsischen Landesvertretung hat, einen wichtigen Anker, wo wir versuchen, Verbindungen herzustellen zwischen polnischen und sächsischen Unternehmerinnen und Unternehmern, sie zusammenzuführen, zu beraten, zu unterstützen. Das ist ein wichtiger Punkt, aber auch, was die kulturellen Beziehungen, auch

die Hochschulen auf polnischer Seite und deutscher Seite angeht, und dann natürlich auch Ansprechpartner vor Ort für die Polinnen und Polen zu sein. Es ist tatsächlich durchaus ungewöhnlich, dass ein Bundesland so ein Verbindungsbüro hat. Wir haben noch ein ähnliches in Prag, und wenn man sich die anderen Bundesländer anguckt, dann gibt es nur Bayern, das auch so ein Verbindungsbüro hat, auch in Prag, aber in Polen sind wir als Sachsen tatsächlich das einzige Bundesland. Und dass sich daraus schon sehr viel Fruchtbare entwickelt hat, sieht man auf jeden Fall bei den verschiedenen Kooperationen, nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch im Kulturbereich, im Wissenschaftsbereich und jetzt war es mir auch ein wichtiges Anliegen als Europaministerin, dass wir auch die Zivilgesellschaft zusammenführen.

Dann gehen wir gleich in die Details, aber noch eine kurze Nachfrage zum Verbindungsbüro. Das befindet sich in den Strukturen ihres Ministeriums, nicht wahr?

So ist es. Genau.

Und warum?

Also, wir sind das Europaministerium. Wir sind also für die europäischen Länder zuständig und deswegen gehören zu unserem Zuständigkeitsbereich auch die Verbindungsbüros in Prag, in Breslau und natürlich unsere Vertretung in Brüssel, und wir versuchen eben vom Ministerium aus, die Verbindungen aufrechtzuerhalten, aber uns geht es natürlich auch darum, dass das Büro für alle Ministerien offen steht, Unterstützung leistet, für das Wirtschaftsministerium, für das Regionalministerium, genauso für das Wissenschaftsministerium, für das Umweltministerium. Das sind ja wichtige Themen, auch das ganze Thema Klimaschutz, was uns hier alle vor große

Herausforderung stellt und wo wir quasi Service-Dienstleister auch für die anderen Ministerien sind.

Dann jetzt mal konkret, was diese Zusammenarbeit in den letzten 30 Jahren angeht. Wie sind Sachsen und Polen, vor allem Niederschlesien, in diesen letzten 30 Jahren näher zusammengerutscht?

Es gibt natürlich die ganz offiziellen, politischen Schritte, die da in den letzten Jahrzehnten, in den letzten drei Jahrzehnten gegangen worden sind. Das ist einerseits die Erklärung des Freistaats Sachsen zur Zusammenarbeit mit Niederschlesien und Lebus 1990, beziehungsweise 2008, aber es gibt natürlich auch in verschiedenen Bereichen Zusammenarbeit. Es gibt Austausch im Bereich Tourismus, Kultur, Verkehr, Wirtschaft, Bildung. Ich habe es gesagt, wir haben mit der Wirtschaftsförderung einen wichtigen Player in unserem Verbindungsbüro, die Connections herstellt. Wir haben ein Kontaktzentrum der IHK und Görlitz, um hier auch von sächsischer Seite aus zu unterstützen. Wir haben das Polnisch-Sächsisches Wirtschaftsforum, aber das ist dieser eine Bereich, aber wir arbeiten auch zusammen im ganzen Bereich Sicherheit, also was das Landeskriminalamt angeht, aber auch bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität gibt es Kooperation und ich glaube, was die Pandemie gezeigt hat, dass wir auch für solche Situationen, solche pandemischen Lagen oder auch wenn wir an Hochwasser denken, wo wir natürlich alle nicht hoffen, dass es passiert, aber wenn es passiert, dass wir dort auch wirklich einen Krisenstab haben, das wir auf der Arbeitsebene hier in Sachsen, aber auch mit den Grenzregionen hier einen schnellen, engen Austausch haben, um dann die Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, auch miteinander abzustimmen. Und ich freue mich sehr, dass auch die Woiwodschaft Niederschlesien jetzt hier in Sachsen, in Dresden, so

eine Art Verbindungsbüro wie wir das in Wrocław haben, eröffnen will. Leider ist das jetzt schon ein paarmal verschoben worden aufgrund der Pandemie. Wir hoffen aber, dass das bald passieren wird.

Das Thema Corona. Wie kommen Sachsen und Niederschlesien durch die Pandemie? Wie schwierig ist das für das Grenzgebiet?

Das ist natürlich eine extreme Herausforderung, auch wenn man sich die Infektionslage anschaut, dann ist sie ja in Sachsen, gerade auch was das Erzgebirge angeht, aber auch in den Grenzregionen insgesamt, natürlich extrem herausfordernd für alle Seiten. Und wir versuchen dann natürlich auch, die entsprechenden Abstimmungen zu machen. Gerade was den Lieferverkehr angeht, ist das im letzten Jahr besonders deutlich geworden. Wir haben alle noch die Bilder vor Augen, die Staus auf der A4 Richtung Polen. Genauso wie jetzt aktuell mit den Grenzpendlerinnen und Grenzpendlern, die Tests machen müssen, auch was die Quarantäneregelung angeht. Das ist schon wirklich eine extreme Herausforderung für die Menschen vor Ort, aber wir haben natürlich auch versucht, von Sachsen aus mit Desinfektionsmitteln, Tests zu unterstützen. Das war uns ein wichtiges Anliegen. Wir haben auch angeboten, dass wir Patienten aus Polen hier in Deutschland und Sachsen übernehmen. Wir führen auch gemeinsame Tests durch, diese Sequenzierungen, das machen wir gemeinsam als ein Drei-Länder-Projekt mit Tschechien und Polen zusammen, wo die Universität hier in Dresden auf diese Mutationen testet. Da gibt es wirklich einen engen Austausch und das hat die Pandemie auch gezeigt, dass man ihr nicht als ein Land oder ein Bundesland alleine Herr werden kann, sondern dass es wichtig ist, dass es einen engen Austausch und eine enge Zusammenarbeit gibt.

Epidemiologisch gesehen sind wir ein Gebiet. Das kann man, glaube ich, feststellen nach diesem schwierigen Jahr.

Absolut.

Frau Meier, es gab in den 30 Jahren viele Projekte für die Zivilgesellschaft. Auf welches sind Sie besonders stolz?

Da fällt es schwer, ein einziges Projekt herauszusuchen. Was mir auch wichtig ist, sind die kulturellen Projekte. Chorprojekte etwa, denn ich glaube Singen – ich kann selber nicht so gut singen – führt tatsächlich Menschen zusammen.

Aber Sie haben doch gesungen in einer Band, nicht wahr?

Ich habe Bass gespielt. Gesungen habe ich wohlweislich nicht, weil ich nicht wirklich die Sangesqualitäten habe, aber nichtsdestotrotz bin ich in meiner Jugend musikalisch mehr oder weniger erfolgreich unterwegs gewesen.

Sind Sie auch in Polen aufgetreten?

Nein. Ich bin nur in meiner Heimatstadt und wirklich nahe gelegenen Regionen aufgetreten, aber über Sachsen oder über den Landkreis Zwickau hinaus bin ich glücklicherweise nicht gekommen, weil man da nicht von wirklicher Qualität sprechen kann.

Kulturprojekte sind also für Sie besonders wichtig.

Genau! Und wie ich vorhin eben gesagt habe: Mir ist dieser gegenseitige Erfahrungsaustausch der Zivilgesellschaft wichtig, die grenzüberschreitenden, proeuropäischen Projekte und auch die Zusammenarbeit von Aktiven, die sich für die Europäische Union einsetzen, auch die bürgernahe Europäische Union, also das wirklich auch erfahrbar zu machen. Das ist mir ein wichtiges Anliegen und wir unterstützen von Seiten des Verbindungsbüros verschiedene

Projekte. Sei es der Austausch der Jugendparlamente zwischen Wrocław und Leipzig oder auch die verschiedenen Literatur- und Kulturfestivals. Es hat schon einen Austausch gegeben mit Initiativen, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter, von Frauen usw. einsetzen. Da gibt es einen Austausch und meine Aufgabe ist es natürlich nicht, mich jetzt mit der Zivilgesellschaft zu treffen, sondern mein Anliegen ist es, die polnische mit der sächsischen Zivilgesellschaft zusammenzubringen und sozusagen ein bisschen Brückenbauerin zu sein zwischen den Zivilgesellschaften, die aber dann natürlich auch von unten heraus wachsen müssen. Ich übernehme ja ab Juli dieses Jahres die Europaministerkonferenz – Deutschland hat ja mit den 16 Bundesländern natürlich auch verschiedene Ministerien und da gibt es dann verschiedene Ministertreffen und es hat immer ein Bundesland den Vorsitz, welches dann einlädt, das Ganze organisiert, und das übernehmen wir jetzt im Juli für ein Jahr. Und wir wollen da auch ein breit angelegtes Begleitprogramm machen, wobei es wichtig ist, dass wir sozusagen nicht nur auf unserer sächsischen Scholle bleiben, sondern dass wir das auch mit unseren Nachbarn gemeinsam machen, mit Tschechien, mit Polen. Wir haben auch die Zukunftskonferenz Europa, die ja von der Europäischen Kommission angestrengt wird. Dabei geht es darum, wie sich die Bürgerinnen und Bürger Europas die Zukunft der Union vorstellen. Hier auch mit Jugendlichen zu sprechen, wie die sich das vorstellen, ist das, was wir uns vornehmen und was mir auch extrem wichtig ist.

Dann dazu gleich eine Frage. Europa steht vor großen Herausforderungen, vor allem was die Digitalisierung und erneuerbare Energien angeht. Mit dem „European Green Deal“ sind viele Hoffnungen verbunden, aber auch viele Ängste bei manchen Menschen. Wie soll Europa Ihrer Meinung nach diese



Modernisierung gestalten, damit niemand abgehängt, niemand vergessen wird?

Zunächst ist es erst mal wichtig, dass man es einfach nicht wegredet, wenn Menschen Ängste haben. Es ist wichtig, dass man sich dieser Ängste annimmt und den Menschen auch zuhört und schaut, wie man das auch entsprechend abschichten kann. Aber ich glaube, gerade der „European Green Deal“ ist wirklich eine große Chance für Europa. Die Vision eines klimaneutralen Kontinents ist eine große Vision, die auch entsprechend mit Leben gefüllt werden kann, in der ganz viele Chancen stecken. Chancen, unsere Welt, unseren Kontinent, an unsere Kinder und Enkel so zu übergeben, dass auch sie noch ein gutes Leben führen können. Das ist der eine wichtige Aspekt, aber natürlich, dass zeigen ja auch ganz viele Studien, kann man auch großen volkswirtschaftlichen Nutzen daraus ziehen, weil viele Arbeitsplätze entstehen. Es gibt Studien, die sagen, dass über eine Million neue Jobs durch die erneuerbaren Energien entstehen können. Klar, das sind ambitionierte Klimaziele, aber ich glaube, nur ein bisschen Klimapolitik zu machen, das bringt uns nicht weiter, ich glaube wir müssen wirklich gemeinsam Anstrengungen unternehmen und die entsprechenden Technologien fördern, damit die Wirtschaft auch weiter funktionieren kann, und ich glaube, da liegen gute Konzepte auf dem Tisch. Und dann gibt es ja auch die Anstrengungen, dabei grenzübergreifend zu denken. Und da freue ich mich sehr, dass jetzt erst vor wenigen Wochen ein Vertrag unterschrieben wurde zwischen Niederschlesien und Sachsen, gemeinsam mit dem Marschall und dem Ministerpräsidenten, zum Fernwärmeprojekt zwischen Zgorzelec und Görlitz, was ja auch ein Innovationsmotor ist und wo man auch sieht, was entsteht, wenn Städte beiderseits der Neiße gut zusammenarbeiten und gemeinsam klimagerechte Energie erzeugen wollen. Was kann es Besseres geben?

Ja klar, aber bei diesem Thema gibt es eine konkrete Frage, die uns trennt. Ich meine den geplanten Ausbau des polnischen Braunkohletagebaus in Turów. Hoffen Sie immer noch auf eine Einigung bei diesem Thema?

Absolut! Also ich hoffe schon sehr, wenn ich natürlich auch die Anstrengungen in Tschechien, aber auch hier in Sachsen, sehen kann, in Zittau, wo ja einfach eine große Sorge besteht, was den Grundwasserspiegel angeht, und ich glaube, auch diese Sorgen muss man ernst nehmen. Die Europäische Union hat sich vorgenommen, mit dem „Green Deal“ hier auch Investitionen vor Ort zu machen. Der „Just Transition Fund“ hat der Europäischen Union noch mal sehr viele Mittel zur Verfügung gestellt, wo Polen ja auch der Staat ist, der am meisten von diesem „Just Transition Fund“ profitiert. Diese Gelder sollen für klimagerechte Alternativen eingesetzt werden. Ein neues Kohlekraftwerk, oder noch mehr Kohle abzubaggern, ist meines Erachtens nicht die richtige Lösung. Da hoffe ich, dass wir noch auf einen guten Pfad kommen.

Frau Staatsministerin, in der Pandemie kümmern wir uns vor allem um die Älteren, aber auch die Jüngsten zahlen einen hohen Preis. Die Internationale Arbeitsorganisation der UNO hat vor ein paar Monaten den Bericht „Generation Lockdown“ zur Lage der jüngeren Generation in der Pandemie veröffentlicht. Was kann und muss Europa machen, damit die junge Generation wegen der Pandemie nicht verlorenght.

Also ich glaube, das ist tatsächlich ein ganz wichtiger Aspekt. Wir haben ja gesehen, das wird in Polen nicht anders gewesen sein, gerade in der ersten Phase der Pandemie waren wir natürlich darauf ausgerichtet, wie wir die Bevölkerung schützen können, die Wirtschaft am Laufen halten, und wer so ein bisschen aus dem Blick

geraten sind, das sind tatsächlich die Kinder und Jugendlichen. Aber ich glaube schon, dass sich die Europäische Union dieses Problems – oder dieser Herausforderung – auf jeden Fall bewusst ist, und auch wenn es jetzt quasi nur finanziell ist, zeigt das schon auch, dass die Europäische Union insgesamt wirklich einen großen Schritt gegangen ist, mit dem „Next Generation EU-Fond“ erstmals gemeinsam Schulden aufzunehmen, um dieser Pandemie zu begegnen und Zukunftsinvestitionen, die ja letztlich auch für die junge Generation sind, zu tätigen und dann hat Frau von der Leyen als Präsidentin, als sie das Amt übernommen hat, sich ja auch vorgenommen, gerade junge Leute zu beteiligen und zu fragen: „Wie stellt ihr euch eigentlich die Zukunft der Europäischen Union vor?“ Mit der Konferenz, die ja jetzt nächste Woche zum 9. Mai erstmals starten wird – auch das hat die Pandemie etwas verzögert, eigentlich sollte es schon 2020 losgehen – aber wir als Sachsen haben uns vorgenommen, die jungen Menschen zu Wort kommen zu lassen – in Sachsen, aber auch, wie gesagt, gemeinsam mit Polen und Tschechien – und hier wirklich dialogorientiert mit den Bürgerinnen und Bürgern und eben auch Jugendlichen ins Gespräch zu kommen und hier gemeinsam eine Idee, eine Vision der Europäischen Union zu entwickeln.

Und wohin sollen diese Debatten führen?

Na ja, was wir ja schon feststellen, ist, dass in Westeuropa, in Frankreich, in den Niederlanden, die natürlich durch die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg schon sehr, sehr viel längere Zeit hatten, sich anzunähern, Verträge zu schließen, auch was die grenzüberschreitende Zusammenarbeit angeht, das schon viel reibungsloser funktioniert als hier an der Grenze zu Polen oder Tschechien. Das heißt, da gibt es ganz andere Erfahrungshintergründe. Und wir wollen auch die Stimmen zu Wort

kommen lassen, wo vielleicht die Europäische Union noch nicht diesen positiven Background hat, und auch für die Europäische Union werben und das ganze Thema Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, aber eben auch, was das Positive im wirtschaftlichen Schengenraum mit sich bringt, hier wirklich in den Fokus stellen. Gerade wenn ich an junge Menschen denke, an Erasmus. Wie kann da auch einen Austausch starten, wie kann man das nochmal befördern? In Sachsen wollen wir jetzt zum Beispiel, wenn der Haushalt, der im Mai beschlossen werden soll – auch leider alles etwas verzögert wegen der Pandemie – Interrail-Tickets zur Verfügung stellen, damit junge Menschen Europa tatsächlich erleben können und so in den Austausch kommen. Ich glaube, das ist ein Puzzlestück, wie wir unsere Nationen zusammenführen können, indem wir Begegnungen schaffen, Austausch schaffen, an den Universitäten, an den Schulen. Wir versuchen natürlich auch, was Schulpartnerschaften angeht, die Kooperation noch zu verstärken. Dass wir hier auch nochmal gezielt schauen, wie wir die Sprachbarrieren überwinden können.

Dann gleich eine Frage zur Sprache, aber zuerst Stichwort Demokratie und gleiche Rechte. Im Juni ist ein Marsch zur Gleichstellung an der Grenze geplant. Wie Sie wissen, wird das Thema LGBTQ+ in Polen besonders intensiv diskutiert. In Deutschland sind gleichgeschlechtliche Ehen seit vier Jahren erlaubt. Aber auch der deutsche Marsch zur Gleichstellung war ziemlich lang. Können Sie uns erzählen, wie dieser Weg war, den Sie selbst mitgelaufen und mitgestaltet haben? Was können wir von den Nachbarn, von den guten Nachbarn, lernen?

Also ich glaube, es ist immer wichtig, dass das keine Einbahnstraße ist, sondern es geht um gegenseitiges Lernen und auch gegenseitiges Verstehen und, Sie haben es gesagt, Deutschland ist da auch einen weiten Weg gegangen bis 2017, als die Öffnung der Ehe hier

ermöglicht wurde, aber dass der Paragraf 175, der homosexuelle Liebe unter Strafe gestellt hat, tatsächlich abgeschafft wurde, hat auch sehr viele Jahrzehnte gedauert. Da ist Deutschland wirklich auch einen langen Weg gegangen, auch was die Zwangssterilisation von intergeschlechtlichen oder transgeschlechtlichen Personen angeht. Es war ein langer Weg, bis Transsexualität erst 2018 aus der Liste der Krankheiten gestrichen wurde. Und jetzt vor zwei Jahren hat das Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit des Eintrags des dritten Geschlechts in den öffentlichen Dokumenten geschaffen – und dem muss natürlich jetzt auch in der Verwaltung entsprechend Rechnung getragen werden. Auch da haben wir noch einen langen Weg vor uns, und tatsächlich muss man sagen, es waren oft die Gerichte, die die Rechte von Minderheiten, von Schwulen, Lesben, Trans-, Interpersonen quasi erstritten haben und dass dem auch stattgegeben wurde. Das heißt, Deutschland ist wirklich einen langen, und ich würde schon sagen, schmerzhaften Weg gegangen, wenn ich gerade an die Opfer des Paragrafen 175 denke. Aber es sind trotzdem auch noch weitere Schritte zu gehen. Also das mit der Eheöffnung 2017 war ein wichtiger Schritt, aber zum Beispiel, wenn zwei Mütter...

Kurze Nachfrage.

Ja?

Was war der Wendepunkt in Deutschland, dass die Mehrheit gesagt hat: „Jetzt müssen wir das ändern. Jetzt ist höchste Zeit für mehr Toleranz, für die Öffnung der Ehe“? Was war der Wendepunkt?

Es sind wirklich viele Schritte gegangen worden und ich glaube, das liegt auch daran, dass es eine starke Zivilgesellschaft gab, die sich für die Rechte von Minderheiten eingesetzt hat, viele Vereine, Verbände, aber auch Parteien, die das immer wieder im Bundestag zum Thema

gemacht haben, die das besprochen haben, den Diskurs gesucht haben. Das hat sich ja dann auch gezeigt, als die Abstimmung im Bundestag 2017 war, dass die Abstimmung freigegeben wurde und auch die Abgeordneten der Koalitionsfraktion CDU in Teilen dagegen und in Teilen dafür gestimmt haben, weil sonst hätte es aus CDU und SPD keine eigenständige Mehrheit gegeben. Aber dadurch, dass die Abstimmung geöffnet wurde, konnte hier eine Mehrheit hergestellt werden. Ich glaube, das war ein ganz wichtiger Schritt, aber wie gesagt, die Schritte sind noch nicht zu Ende gegangen. Wir haben aktuell die Situation, dass seit der Eheöffnung 2017 zwei Männer zwar heiraten können und das als Ehe bezeichnet wird, genauso wie zwei Frauen, aber wenn zum Beispiel eine Frau ein Kind bekommt, heißt das nicht, dass die Ehefrau dann automatisch auch als Mutter deklariert ist. Das heißt, da braucht es auch noch rechtliche Wege, die gegangen werden müssen. Ein langwieriger Prozess über eine Stiefkindadoption – und dem muss auch noch rechtlich Rechnung getragen werden. Da ist jetzt auch am Bundesverfassungsgericht ein entsprechendes Verfahren anhängig. Wir sind alle gespannt, wie das ausgehen wird, aber, wie schon gesagt, oft war das Bundesverfassungsgericht dann auch die Instanz, die zu mehr Minderheitenrechten beigetragen hat.

Aber die Adoption der Kinder für die homosexuelle Ehe ist erlaubt?

Adoption ist erlaubt, aber wenn jetzt zwei Frauen verheiratet sind und eine ein Kind bekommt, ist nicht die Ehepartnerin automatisch als Mutter eingetragen, sondern das muss weiterhin über eine Stiefkindadoption passieren und das Ziel ist eben, dass bei Geburt des Kindes beide als Mütter in den Dokumenten verankert sind. Das ist das Rechtliche. Und es ist wichtig, dass es das gibt, aber natürlich ist auch die Frage, wie der gesellschaftliche Umgang ist, da gibt es die unterschiedlichsten Studien, und da muss man leider auch

feststellen, dass 60% der Lesben, Schwulen, Trans-/Interpersonen sich beim Job, auf der Arbeit, noch nicht geoutet haben, weil sie Angst vor Diskriminierung haben. Also auch in Deutschland ist hier noch nicht alles gut und wir müssen weitere Schritte gehen. Das fängt natürlich bei der Bildung an, dass Kinder und Jugendliche Ansprechpersonen haben, dass es Beratungsstellen gibt, und da versuchen wir natürlich auch von Seiten der Sächsischen Staatsregierung zu unterstützen und das auch entsprechend zu finanzieren.

Frau Meier, Sie sind Staatsministerin auch für Gleichstellung und die Gleichstellung spiegelt sich auch in der Sprache wieder. Das ist ein Podcast des Goethe-Instituts Warschau, wir sind also an der deutschen Sprache besonders interessiert. In Deutschland findet gerade eine heiße Debatte zur geschlechtergerechten Sprache statt. Die Diskussion hat nicht nur eine linguistische Dimension, aber auch eine politische. Können Sie uns erklären, wie die Sprache bei der Gestaltung der Gleichstellung hilft?

In der Sprache spiegelt sich immer die Wirklichkeit wieder. Und deswegen wird die Diskussion durchaus auch so hitzig geführt und da stellen sich schon auch die Fragen, ob der Sprachgebrauch unsere Realität einfach nur abbildet oder ob der Sprachgebrauch auch Realitäten schafft. Und da ist es meines Erachtens schon wichtig, dass auch Frauen in der Sprache sichtbar werden. Das heißt: Ich bin nicht Minister, sondern ich bin Ministerin. Ich bin Politikerin und nicht Politiker. Oder was die Berufsbezeichnung angeht. Da sieht man ja auch, wie sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Es gibt jetzt verschiedene Radiosender, Fernsehsender, Zeitungen, Zeitschriften, die ganz bewusst geschlechtergerechte Sprache verwenden, um eben hier auch Frauen in der Sprache sichtbar zu machen. Es geht jetzt aber nicht darum, dass man irgendjemanden aufoktroiert, wie er zu

sprechen hat, sondern Sprache entwickelt sich über die Jahrzehnte und von daher habe ich da gar keine Bange. Je mehr Menschen das auch nutzen, in den Medien oder im allgemeinen Sprachgebrauch, desto mehr wird das dann auch wiedergegeben werden können.

Und wofür steht das Gendersternchen in den Wörtern?

Wir haben uns als Staatsregierung vorgenommen, Männer und Frauen in der Sprache sichtbar zu machen. Das heißt, dass wir in offiziellen Schreiben eben von Bürgerinnen und Bürgern sprechen, dass wir dort nicht zur Diskriminierung beitragen, sondern dass wir Männer und Frauen in gleichem Maße sichtbar machen. Aber – wie gesagt – was die dritte Option angeht, da hat uns natürlich das Bundesverfassungsgericht auch Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben. Und dem versuchen wir in besonderer Weise Rechnung zu tragen. Es gibt sehr unterschiedliche Möglichkeiten, mit dem Sternchen zu arbeiten, oder mit dem Doppelpunkt, oder mit dem Gendergap, diesem Unterstrich. Es gibt halt nicht nur Mann und Frau, sondern auch transsexuelle Personen, es gibt intersexuelle Personen, es gibt Personen, die sich gar keinem Geschlecht zuordnen. Es geht darum, dass man eben auch diese Menschen abbildet und dass sie sich auch in der Sprache gesehen fühlen. Aber letztlich muss das natürlich jeder für sich selber entscheiden, wie Sprache genutzt wird, aber ich finde, wenn man in einer staatlichen Institution ist und alle Bürgerinnen und Bürger ansprechen will, und zwar diskriminierungsfrei, dann sollte man sich schon überlegen, wie man dem Rechnung tragen kann.

Noch eine Frage zur Sprache, nämlich Sächsisch. Das ist schon ein besonderer Dialekt, nicht wahr? Wie geht Sächsisch bei Ihnen? Können Sie Sächsisch?



Also ich würde schon sagen, dass ich Sächsisch spreche. Ich habe eine gewisse „sch“-Schwäche. Ich habe auch lange in anderen Bundesländern gelebt, in Hessen und in Nordrhein-Westfalen, aber mein Dialekt ist mir durchaus erhalten geblieben. Wenngleich ich schon sagen würde, ich spreche noch ein verständliches Deutsch, aber ich könnte auch noch sächsischer sprechen, aber ich will ja auch, dass mich die Zuhörerinnen und Zuhörer auch verstehen, deswegen versuche ich einigermaßen deutlich zu sprechen.

Frau Meier, was heißt auf Sächsisch „Schnudndeggl“? Ich weiß nicht, ob ich das gut ausgesprochen habe, aber seit 2008 werden Jahr für Jahr die sächsischen Worte des Jahres gekürt, und das ist eben das Wort des Jahres 2020. „Schnudndeggl“. Wie spricht man das richtig aus?

Ich hoffe auch, dass ich es richtig ausspreche. Es gibt nicht das eine Sächsisch, sondern in den verschiedenen Regionen in Sachsen spricht man auch unterschiedliches Sächsisch, aber den Begriff, den Sie jetzt gerade verwendet haben, „Schnudndeggl“, ist sozusagen ...

„Schnudndeggl“. Schwierig.

Das ist die Mund-und-Nase-Bedeckung.

Genau. Mund-Nasen-Schutz. Aber ein sehr schwieriges Wort, muss ich schon sagen.

Ja, in der Tat.

Also Sächsisch ist schon schwierig. Frau Ministerin, und welche Herausforderungen sehen Sie für die deutsch-polnischen Beziehungen für die nächsten 30 Jahre?

Ich glaube, es ist in dem Gespräch relativ deutlich geworden, was mir als Ministerin, aber auch uns insgesamt als Staatsregierung, wichtig

ist: dieses europäische Einigungswerk weiterzubringen, es weiter mit Leben zu füllen und ein bürgernahes Europa gemeinsam mit unseren Nachbarn zu gestalten. Was Umwelt, Klimaschutz angeht, aber auch die ganze Frage von Demokratie und Rechtstaatlichkeit. Wir müssen das vertiefen, was uns als Partner stark macht, also diesen nachbarschaftlichen Austausch. Ich glaube, das kann nur funktionieren, wenn es erfahrbaren Austausch und eine lebendige Partnerschaft gibt. Und das funktioniert halt am besten über Kultur, über unsere Geschichte, aber auch die ganze Frage der interkulturellen Kompetenz, aber um es im Politischen zu sehen, natürlich diese Netzwerke, die wir jetzt schon haben, noch weiter auszubauen. Was die wirtschaftlichen Verbindungen angeht, aber auch die Verkehrsverbindungen, angefangen von grenzüberschreitenden Radwegen bis hin zur grenzüberschreitenden Elektrifizierung der Bahnstrecke, wo ich weiß, Polen hat den Vertrag erfüllt. Deutschland hängt da noch hinterher, dessen bin ich mir sehr bewusst. Auch was den Austausch im Bereich Bildung angeht, dem müssen wir noch mehr Rechnung tragen und da arbeiten wir gemeinsam dran, unsere Partnerregionen im Lebusener Land und in Niederschlesien und wir hier in Sachsen, und ich glaube, da ist in den letzten 30 Jahren schon richtig viel gewachsen und da lohnt es sich, auch noch in verschiedenen anderen Bereichen genau das zu tun.

Lebendige Partnerschaften leben von lebendigen Gesprächen. Frau Meier, vielen herzlichen Dank für das Gespräch.

Genau. Ich habe jetzt noch meinen wunderschönen letzten polnischen Satz vorbereitet. Ich hoffe, dass ich ihn gut aussprechen kann.

Ja.

Und wie gesagt. Das ist wirklich eine Botschaft, die mir wirklich wichtig ist. „Przyszłość polsko-niemieckiej współpracy zależy od każdego z nas.“ Ich hoffe, Sie haben das verstanden. Also, dass wir die Zukunft der deutsch-polnischen Zusammenarbeit nur alle miteinander gemeinsam schaffen können.

Ich habe es verstanden und ich unterstütze das sehr. Danke schön!

Dziękuję bardzo!

Dziękuję bardzo! Katja Meier, vielen Dank!